

Freitag, 17. November 1961

Blatt 2383

Der Christkindlmarkt beginnt am 26. November

17. November (RK) Der Christkindlmarkt wird heuer von Sonntag, den 26. November, bis Montag, den 1. Jänner, vor dem Messepalast abgehalten werden. Er wird sich auf dem Teil des Parkplatzes zwischen der Mariahilfer Straße und der Zufahrt zum Haupttor des Messepalastes befinden. Mit der Aufstellung der Verkaufshütten wurde bereits begonnen. Die Räumung des Platzes erfolgt zwischen dem 2. und 10. Jänner.

Wegen des Christkindlmarktes kann dort auch ab sofort bis zum 10. Jänner nicht geparkt werden.

- - -

Sitzung einer Wiener Bezirksvertretung in der kommenden Woche

17. November (RK) In der kommenden Woche findet folgende Sitzung einer Wiener Bezirksvertretung statt:

Mittwoch, 22. November:

8.30 Uhr, Liesing, Perchtoldsdorfer Straße 2/I.

- - -

Auszeichnungen für Wiener Ärzte  
=====

17. November (RK) Landeshauptmann Jonas überreichte heute früh in seinem Arbeitszimmer dem Direktor des Orthopädischen Spitals, Univ.-Prof. Dr. Philipp Erlacher, das ihm vom Bundespräsidenten verliehene Große Ehrenzeichen für Verdienste um die Republik Österreich. Er würdigte dabei die Verdienste, die sich Prof. Erlacher erworben hat, und beglückwünschte ihn zu der hohen Auszeichnung.

Nach der Überreichung des Ehrenzeichens empfing Landeshauptmann Jonas die Ärzte Dr. Leopold Berner, Dr. Hermann Beth, Dr. Gustav Dressler, Dr. Franz Geissler, Dr. Josef Lenz, Dr. Heinz Pollak und Dr. Karl Wenzl, denen der Bundespräsident den Titel Medizinalrat verliehen hat. Mit herzlichen Glückwünschen überreichte er den verdienten Ärzten die Dekrete.

Den Überreichungen wohnten Stadtrat Dr. Glück, Landesamtsdirektor Dr. Kinzl sowie Oberstadtphysikus Dr. Dirschmid und der Leiter des Anstaltenamtes Obersenatsrat Dr. Weber bei.

- - -

Leopold Andrian-Werburg zum Gedenken  
=====

17. November (RK) Auf den 19. November fällt der 10. Todestag des Schriftstellers Leopold Andrian-Werburg.

Am 9. Mai 1875 in Wien geboren, wandte er sich der diplomatischen Laufbahn zu und wurde schließlich Generalkonsul in Warschau. Im ersten Weltkrieg wurde er Generalgouverneur jenes Teiles von Polen, das unter österreichische Verwaltung kam. 1918 übernahm er in Wien die Intendantur der beiden Hoftheater. Seine Amtszeit dauerte aber nur bis zum Umsturz. Seither lebte er als Privatmann. Andrian-Werburg trat schon in jungen Jahren mit dem Literatenkreis um Hermann Bahr in Verbindung. Er veröffentlichte Novellen und Gedichte. Letztere erschienen in Stefan Georges Blättern für die Kunst. Im Alter widmete sich Andrian-Werburg der wissenschaftlichen Betätigung. 1938 verließ er Österreich und ging zuerst nach Paris. Schließlich ließ er sich in der Schweiz nieder, wo er in Fribourg starb.

- - -

Leopold Happisch zum Gedenken  
=====

17. November (RK) Auf den 19. November fällt der 10. Todestag des Mitbegründers des Touristenvereins "Die Naturfreunde" Leopold Happisch.

Am 1. April 1863 geboren, wurde er Buchdrucker und kam schon früh zur sozialistischen Bewegung. 1895 erfolgte die Konstituierung des Vereins "Die Naturfreunde", in dessen Vorstand Leopold Happisch gewählt wurde. Zugleich übernahm er die Herausgabe des Mitteilungsblattes "Der Naturfreund" und sicherte diesem im Lauf der nächsten 40 Jahre weite **Verbreitung**. Ihm ist es mitzudanken, daß sich der kleine Wiener Verein, der anfänglich nur etwas mehr als 300 Mitglieder hatte, zu einer weltumspannenden Organisation auswuchs. Zuerst wurde der Gedanke in der Schweiz und in Deutschland, später auch in anderen europäischen Ländern aufgegriffen. 1910 wurden die "Naturfreunde" im Ost- und Westteil der Vereinigten Staaten von Amerika gegründet. Als der Verein 1934 zerschlagen wurde, hatte er in Österreich bereits Masseneinfluß. Happisch warb in Wort und Schrift für die Idee, die durch die Organisierung zahlreicher Auslandsreisen und großer Bergtouren, durch die Errichtung von Hütten im Mittel und Hochgebirge, vor allem aber durch den Ausbau des zwischenstaatlichen Netzes ein nicht wegzudenkender Teil der internationalen Arbeiterbewegung wurde. Für seine Verdienste wurde er 1933 zum Bürger der Stadt Wien ernannt. Nach der Neugründung des Vereins im Jahre 1945 wurde er zum Ehrenpräsidenten gewählt. 1950 erhielt er gemeinsam mit Dr. Karl Renner die Ehrennadel der Naturfreunde.

- - -

Empfang für Zahnärzte  
=====

17. November (RK) Anläßlich des Jubiläumskongresses "100 Jahre Verein österreichischer Zahnärzte" gab Bürgermeister Jonas gestern abend in den Neuen Repräsentationsräumen des Wiener Rathauses einen Empfang. Von Seiten der Stadt Wien nahmen daran auch die Stadträte Bauer, Dr. Glück, Koci und Sigmund teil.

- - -

Hausmusik bei Bürgermeister Jonas  
=====

17. November (RK) Wie alljährlich findet auch heuer im November anlässlich des Todestages von Franz Schubert in den Repräsentationsräumen des Wiener Rathauses eine Hausmusik statt. Zu dem am Dienstag, dem 21. November, stattfindenden Hausmusik-Nachmittag wurden von Bürgermeister Jonas mit den Mitgliedern des Stadtsenates die Schülerinnen der Bildungslehranstalt für Kindergärtnerinnen und Horterzieherinnen eingeladen. Die Mitwirkenden sind Schüler der Bezirksmusikschulen, also junge Leute, die kein Berufsstudium beabsichtigen.

- - -

Häusersammlung für die Armen Wiens  
=====

17. November (RK) Wie alljährlich findet auch heuer wieder in der Zeit vom 1. bis 7. Dezember die Sammlung zugunsten der Armen Wiens statt. Sie wird unter Mitwirkung der ehrenamtlichen Fürsorgeräte in allen Wohnhäusern Wiens durchgeführt. Mit ihrem Ertrag soll jenen Mitbürgern geholfen werden, die über die Leistungen der öffentlichen Fürsorge hinaus die Hilfe der Gemeinschaft brauchen.

- - -

Wiener Landtag

=====

17. November (RK) Unter dem Vorsitz von Präsident Marek (SPÖ) trat der Wiener Landtag heute vormittag zu einer Sitzung zusammen.

Es lag eine Anfrage der ÖVP vor.

Ein neuer Bundesrat

Wie der Vorsitzende mitteilte, hat Bundesrat Kratky (SPÖ) wegen seiner Berufung in den Nationalrat sein Mandat als Bundesrat zurückgelegt. An seiner Stelle wählte der Landtag auf Vorschlag der Sozialistischen Partei den Präsidenten des Kriegsopferversverbandes für Wien, Niederösterreich und das Burgenland, Friedrich Karrer, einstimmig zum Bundesrat.

20. Novelle zum Dienstrecht

Über eine Änderung des Dienstrechtes der Beamten der Stadt Wien referierte Stadtrat Riemer (SPÖ). Die 20. Novelle bringt die von der Stadtverwaltung versprochene Angleichung der Bezüge an die der Bundesbediensteten. Bekanntlich wurden bei der letzten Bezugsregelung die Gehälter um acht Prozent, beziehungsweise zehn Prozent erhöht. Damals wurde zugesagt, eine Angleichung vorzunehmen, falls der Bund höhere Prozentsätze bewilligen sollte. Nun wurden die Gehälter der Bundesbediensteten mit 1. Juli 1961 um vier Prozent, und werden mit 1. Jänner 1962 um weitere fünf Prozent erhöht. Es tritt daher die Verpflichtung ein, die Bezüge der Gemeindebediensteten um je ein Prozent zu erhöhen.

Ferner wurde die Pensionsbemessungsgrundlage beim Bund auf 80 Prozent erhöht und gleichzeitig der Pensionsbeitrag um ein Prozent. Auch in dieser Angelegenheit erfolgt eine Angleichung an die Bundesverhältnisse.

Schließlich enthält die Vorlage eine Abänderung der Abfertigungsbestimmungen für weibliche Bedienstete.

Abg. Maller (KLS) stellt fest, daß die Erhöhung der Ruhegehaltbemessungsgrundlage von 78.3 auf 80 Prozent zu begrüßen ist, damit aber keinesfalls eine Erhöhung des Pensionsbeitrages von vier auf fünf Prozent gerechtfertigt sei. Die Gemeindebediensteten

seien in dieser Beziehung heute schlechter gestellt als vor 1935. Damals war die Bemessungsgrundlage 90 Prozent. Der Redner stellt in diesem Zusammenhang den Antrag, die Ruhegenußbemessungsgrundlage etappenweise bis zum Jahre 1966 auf 90 Prozent zu erhöhen. Für den Fall, daß der gestellte Antrag nicht angenommen wird, stellt Abgeordneter Maller den Eventualantrag, den Punkt 2 der Vorlage, der die Beitragserhöhung von vier auf fünf Prozent vorsieht, zu streichen. Der Redner fordert ferner für die Bezieher von Ruheversorgungsgegenständen Hilflosenzuschüsse vorzusehen. Es kommt nicht selten vor, daß alt gewordene Bedienstete, die oft nur eine Pension von 1200 bis 1400 Schilling beziehen, hilfsbedürftig geworden sind. Wenn der Abschnitt II der Vorlage auch einige kleine Verbesserungen für die Bediensteten bringt, so müsse man doch immer wieder verlangen, daß die Gehälter der Gemeindebediensteten den tatsächlichen Lebenshaltungskosten angepasst werden. Der Redner kommt sodann auf die geplante Änderung bei Gewährung der Abfertigung an weibliche Bedienstete zu sprechen und stellt fest, daß hier eine bedeutende Verschlechterung geplant ist. Wenn diese Verschlechterung damit begründet wird, daß man dem Personalmangel abhelfen wolle, könne nur erwidert werden, daß durch diese Maßnahme eher das Gegenteil erreicht wird. Viele Frauen werden es sich überlegen in den Gemeindedienst einzutreten, wenn sie nach ihrer Verheiratung nicht mehr die Möglichkeit der Abfertigung haben. Seine Fraktion lehne diese Verschlechterung ab und beantrage, den Abschnitt III aus der Vorlage zu streichen.

Der Redner bekrittelt auch, daß sich die Gemeindeverwaltung in ihrem Dienstrecht nicht von eigenen Grundsätzen leiten lasse, sondern das Dienstrecht des Bundes als Vorbild nehme, dies aber auch nur dort, wo die Bestimmungen Verschlechterungen mit sich bringen. Um den Personalmangel im Gemeindedienst zu beheben, müsse man aber gute Arbeits- und Lohnbedingungen schaffen. Um das zu erreichen, muß man eine selbständige und vorbildliche Personal- und Gehaltspolitik durchführen.

Abg. Dr. Broesigke (FPÖ) begrüßt die Erhöhung der Ruhegenußbemessungsgrundlage, die von seiner Fraktion bereits seinerzeit angeregt wurde. Auch dem Abschnitt II der Vorlage gebe

seine Fraktion die Zustimmung. Ganz entschieden müsse man sich jedoch gegen den dritten Abschnitt der Vorlage stellen. Dieser Abschnitt sei nicht nur sprachlich sondern auch inhaltlich völlig mißlungen. Es handelt sich hier nämlich darum, den weiblichen Bediensteten gewisse Rechte wegzunehmen, die sie bisher hatten. Es wurde zwar darauf verwiesen, daß manche Frauen sich von der Gemeinde Wien abfertigen ließen, und dann gleich wieder einen anderen Posten angenommen haben. Dieses Vorgehen einzelner sei jedoch kein Grund, alle anderen Dienstnehmerinnen zu strafen. Es gebe Lösungen, die Abfertigung zu gewähren und gleichzeitig zu verhindern, daß die Betreffende den Gemeindedienst nur verläßt, um einen neuen Posten anzunehmen. Würde ein privater Unternehmer derartige Maßnahmen ergreifen, würde er mit Erfolg vom Arbeitsgericht belangt werden. Ein derartiges Verhalten der Gemeinde Wien müsse man als sittenwidrig bezeichnen. Mit solchen Maßnahmen schaffe man keinesfalls einen Anreiz für den Gemeindedienst. Der Gesetzgeber müßte alles unternehmen, um entsprechende familienpolitische Gesichtspunkte nicht nur zu schaffen, sondern auch zu wahren.

Bei den meisten Fällen von Jugendkriminalität liegt die Schuld darin, daß die Eltern aus irgendwelchen Gründen nicht Zeit hatten, sich um ihre Kinder zu kümmern. Aus dieser Erkenntnis erwächst uns die Verpflichtung nach Möglichkeit alles zu tun, um diesem Mißstand zu begegnen. Dazu gehört auch die Möglichkeit der Abfertigung für Frauen. Der Gesetzgeber hat im Jahre 1959 durch eine Novelle in vorbildlicher Weise diese Abfertigung möglich gemacht. Nun will er diese unter Hinweis auf den Mißbrauch einzelner rückgängig machen. Diese Maßnahme müsse entschieden abgelehnt werden. Seine Fraktion verlange daher die getrennte Abstimmung über die einzelnen Punkte der Gesetzesvorlage.

Stadtrat Riemer erwiderte in seinem Schlußwort dem Abg. Maller, es sei richtig, daß die Bediensteten der Stadt Wien in der Ersten Republik eine Pensionsbemessungsgrundlage von 90 Prozent hatten. Es haben sich aber seither die Verhältnisse wesentlich geändert, vor allem ist die Lebenserwartung gegenüber jener Zeit um eineinhalb bis zwei Jahrzehnte gestiegen. Die Pensionisten

beziehen also wesentlich länger ihre Pension als in früheren Jahrzehnten.

Mit der Erhöhung des Pensionsbeitrages von vier auf fünf Prozent ist lediglich eine Angleichung an die beim Bund getroffene Regelung vorgenommen worden.

Die vom Abg. Maller eingebrachten Anträge empfahl der Berichterstatter zur Ablehnung.

Entschieden muß der Vorwurf zurückgewiesen werden, daß die Gemeinde Wien vom Bund nur jene Regelungen übernommen hat, die für die Bediensteten ungünstiger sind. Die Vorlage bringt beispielsweise nicht nur eine Erhöhung der Bezüge, sondern auch eine Erhöhung der Bemessungsgrundlage.

Seit einiger Zeit gewähren wir auch an solche Witwen verstorbener pragmatischer Bediensteter Hilflosenzuschüsse, die nach unserem Dienst- und Besoldungsrecht eigentlich keinen Anspruch darauf hätten. Uns ist bekannt, daß im neuen Pensionsrecht des Bundes, über das noch beraten wird, eine Neuregelung des Hilflosenzuschusses in Aussicht genommen ist.

Bei den Bestimmungen des von beiden Oppositionsrednern bekämpften Abschnittes III handelt es sich um eine Ausnahmebestimmung gegenüber dem allgemeinen Dienstrecht, denn es hatten nicht alle Bediensteten die Möglichkeit, von einer begünstigten Abfertigung Gebrauch zu machen.

Die jetzt vorgenommene Korrektur war nicht deshalb erforderlich, weil wir uns irrten, sondern weil sich die Verhältnisse geändert haben, unter denen seinerzeit der Bund diese Ausnahmebestimmung überhaupt in das Dienstrecht aufgenommen hat. Damals hatte der Bund in seinem Personalstand, insbesondere unter der Lehrerschaft, einen Überstand an weiblichen Bediensteten, weshalb diesen Frauen ein Anreiz geboten werden sollte, bei Vorliegen bestimmter Voraussetzungen aus dem Dienst auszuscheiden. Von einem Überstand an weiblichen Bediensteten kann heute keine Rede mehr sein. Dieser hat sich in einen Mangel, in einen Notstand verwandelt. Weiter haben wir gesehen, daß mit diesen Begünstigungen zuweilen Mißbrauch getrieben wurde. Zum Schutze der zurückbleibenden Bediensteten, die für die ausgeschiedenen Bediensteten zusätzliche Arbeit übernehmen mußten,



haben wir uns zur vorliegenden Regelung entschlossen. Sittenwidrig ist daher nicht die vorliegende Novelle, sondern vielmehr der Mißbrauch, der von einzelnen Bediensteten mit dieser Bestimmung getrieben wurde.

Mit der "sprachpolizeilichen Tätigkeit" des Abg. Dr. Broesigke wolle sich der Referent nicht weiter beschäftigen, denn dessen großes Vorbild habe ein Buch geschrieben, das von Sprachwidrigkeiten strotzt. (Abg. Dr. Broesigke: Wer war das große Vorbild?) Adolf Hitler! (Abg. Dr. Broesigke: Herr Stadtrat! Eine Schande, daß Sie das hier aussprechen! Abg. Nessel, FPÖ: Unmögliche Bemerkungen!)

Ich bitte der Vorlage die Zustimmung zu erteilen. (Abg. Nessel: Der sachliche Stadtrat Riemer! - Abg. Jonas: Warum sind Sie so aufgeregt? - Abg. Nessel: Das ist doch eine Frechheit!)

Der Vorsitzende stellte fest, daß die Bemerkungen des Berichterstatters keineswegs gegen einzelne Abgeordnete gerichtet waren, denn es sei eine Tatsache, daß die Orthographie und Grammatik in diesem Buch sehr schlecht waren. (Abg. Nessel: Er hat von "Vorbild" gesprochen!)

Der erste Abänderungsantrag der Abg. Maller und Genossen sowie der Eventualantrag wurden abgelehnt, ebenso der zweite Abänderungsantrag der gleichen Antragsteller.

Bei der über die drei Abschnitte der Vorlage getrennt durchgeführten Abstimmung wurden die Abschnitte I und II einstimmig, der Abschnitt III mit den Stimmen der beiden großen Parteien in zweiter und dritter Lesung angenommen.

Abg. Dr. Schmidt (FPÖ) stellte zur Geschäftsordnung den Antrag, Stadtrat Riemer wegen Beleidigung einen Ordnungsruf zu erteilen.

Hiezu stellte Präsident Marek fest, daß das Verlangen nach einem Ordnungsruf keinesfalls in Form eines Antrages zur Geschäftsordnung erfolgen kann. Weiter stellte er fest, daß der Präsident mit der Führung der Sitzung betraut ist. Er sei aber nicht der Meinung, daß die Ausführungen des Amtsführenden Stadtrates Riemer eine Beleidigung beinhalten. Daher sei er nicht in der Lage, dem Wunsch nach Erteilung eines Ordnungsrufes Rechnung zu tragen. (Nach diesen Ausführungen des Präsidenten verlassen die Abgeordneten der FPÖ demonstrativ den Sitzungssaal.) ./.

Wiener Beamtenentschädigungsgesetz

Hierauf leitete Stadtrat Riemer die Beratungen über das Wiener Beamtenentschädigungsgesetz ein.

Fast könnte man den Eindruck haben, sagte er, daß die Abgeordneten der FPÖ deshalb gerne die Sitzung verlassen haben, weil ihnen die Behandlung dieses Tagesordnungspunktes unangenehm ist. Mit dieser Vorlage soll nämlich ein Kreis von Bediensteten der Gemeinde, der durch die nationalsozialistische Herrschaft geschädigt worden ist, eine Entschädigung erhalten. Die bereits ausgezahlten Entschädigungen sollen auf den sechsfachen Valorisierungsfaktor erhöht und neu zuerkannte Beamtenentschädigungen im selben erhöhten Ausmaß berechnet werden.

Die Durchführung des Gesetzes wird Kosten von rund 15 Millionen Schilling für die Stadt Wien mit sich bringen, wovon fünf Millionen auf die Stadtwerke und zehn Millionen auf den Magistrat entfallen werden.

Die Bestimmungen des Gesetzes werden erst mit dem Inkrafttreten des Österreichisch-deutschen Vermögensvertrages Geltung erlangen.

Die Verwaltung hat der Gewerkschaft zugesagt, Beamten, die sich in einer Notlage befinden oder sehr krank sind, auf Ansuchen Vorschüsse auf die aus dem Gesetz erwachsenden Ansprüche zu gewähren.

Abg. Maller (KLS) bemängelte, daß bei den vorgesehenen Entschädigungen nicht den tatsächlichen Verlusten voll und ganz Rechnung getragen wird, insbesondere bestehen Härten gegenüber Vertragsbediensteten. Auch den Hinterbliebenen sollten die vollen Entschädigungsbeträge zuerkannt werden. Er wolle wissen, wo Lehrpersonen und Kindergärtnerinnen die nach dem Gesetz erforderlichen Anträge einzubringen haben.

Weil der Gesetzentwurf zumindest geringfügige Verbesserungen bringt, werde seine Fraktion der Vorlage zustimmen.

In seinem Schlußwort wies Stadtrat Riemer auf die Schwierigkeit hin, die tatsächlich eingetretenen Verluste nach so langer Zeit konkret festzustellen. Durch die Valorisierung der Ansprüche nach dem Beamtenentschädigungsgesetz wird in den meisten Fällen den tatsächlichen Verlusten Rechnung getragen. Lehrer und

Kindergärtnerinnen haben ihre Anträge bei jenen Dienststellen einzubringen, von denen sie ihre Entlohnung erhalten. Die Gewerkschaften werden die Anspruchsberechtigten eingehend darüber informieren, wo sie die Anträge einzubringen haben.

Bei der Abstimmung wird die Gesetzesvorlage in erster und zweiter Lesung einstimmig angenommen.

#### Ein Auslieferungsbegehren

Letzter Tagesordnungspunkt war ein Ersuchen des Landesgerichtes für Strafsachen Wien um Zustimmung zur strafgerichtlichen Verfolgung des Abg. Mayr (SPÖ) wegen Verdachtes des Vergehens gegen die Sicherheit des Lebens nach § 335 Strafgesetz. Wie Berichterstatter Abg. Mistingner mitteilte, handelt es sich bei dem Auslieferungsbegehren um die Untersuchung eines Verkehrsunfalles. Da Abg. Mayr selbst um seine Auslieferung ersucht habe, empfehle das Immunitätskollegium dem Landtag die Zustimmung zur Auslieferung.

Diesem Antrag des Referenten wird einstimmig Rechnung getragen.

Präsident Marek teilte mit, ein Mitglied des Landtages habe ihn darauf aufmerksam gemacht, daß während der Ausführungen des Stadtrates Riemer ein beleidigender Zwischenruf von seiten der FPÖ gefallen ist. Der Präsident habe um die Vorlage des stenographischen Protokolles ersucht, es liege ihm jedoch noch nicht vor. Er werde daher auf diese Angelegenheit im Sinne der Geschäftsordnung am Beginn der nächsten Landtagssitzung zurückkommen.

- - -

## Wiener Gemeinderat

=====

17. November (RK) Unter dem Vorsitz von Bürgermeister Jonas trat der Wiener Gemeinderat im Anschluß an den Wiener Landtag zu einer Geschäftssitzung zusammen. Im Einlauf befanden sich drei Anfragen der KLS und zwei Anfragen der FPÖ. Es wurden ferner folgende Anträge eingebracht: ein Antrag der Gemeinderäte Hausner und Genossen (KLS), "betreffend Herstellung eines Gehweges längs der Erzherzog Karl-Straße"; ein Antrag der Gemeinderäte Dr. Schmidt und Genossen (FPÖ), "betreffend Regelung des Straßenverkehrs an den Kreuzungen Heiligenstädter Straße-Nußdorfer Straße und Heiligenstädter Straße-Grinzinger Straße"; ein Antrag der Gemeinderäte Eleonora Hiltl, Kabesch und Genossen (ÖVP), "betreffend Erhöhung der Richtsätze für Dauerbefürsorgte"; ein Antrag der Gemeinderäte Eleonora Hiltl, Dr. Marga Hubinek, Walzer und Genossen (ÖVP), "betreffend Schaffung einer Fußpflegeaktion für bedürftigte alte Leute"; ein Antrag der Gemeinderäte Bittner, Dkfm. DDr. Prutscher, Dr. Weninger und Genossen, (ÖVP), "betreffend Errichtung von Kinderspielplätzen bei Wohnbauten der Gemeinde Wien"; und ein Antrag der Gemeinderäte Bittner, Ullmann, Gockner und Genossen (ÖVP), "betreffend Errichtung eines Parkplatzes in Wien 22, Ecke Schüttaustraße und Wagnamer Straße". Die Anträge wurden zur geschäftsordnungsmäßigen Behandlung den zuständigen Gemeinderatsausschüssen zugewiesen.

Als erster Tagesordnungspunkt erfolgte die Wahl der Schriftführer des Gemeinderates.

Wie Bürgermeister Jonas mitteilte, hat es sich bei längeren Sitzungen und in der Budgetdebatte als zweckmäßig erwiesen, an Stelle von bisher sechs Schriftführern künftig neun Schriftführer zu bestellen.

Die von der SPÖ und der ÖVP vorgeschlagenen Schriftführer wurden mit den Stimmen dieser beiden Parteien auf die Dauer eines Jahres gewählt. Es sind dies von der Sozialistischen Partei Österreichs die Gemeinderäte Franz Graczoll, Maria Hirschler, Maria Hlawka, Leopold Mistingher, Gertrude Sandner und Josef Windisch;

./.

von der Österreichischen Volkspartei die Gemeinderäte Josef Bauer, Heinrich Kowarsch und Franz Valzer.

Auf Vorschlag der SPÖ und der ÖVP werden unter dem nächsten Tagesordnungspunkt die zwölf bisherigen Mitglieder der Gemeinderätlichen Personalkommission, deren Funktion im Dezember endet, mit den Stimmen dieser Parteien wiedergewählt. Es sind dies von der Sozialistischen Partei Österreichs die Gemeinderäte Franz Adelpoller, Franz Graczoll, Dr. Alfred Gisel, Max Opravil, Karl Rösner, Gertrude Sandner, Joh. nn Schiller und Heinrich Traxler; von der Österreichischen Volkspartei die Gemeinderäte Dr. Carl Freytag, Dr. Marga Hubinek, Karl Ullmann und Rudolf Wohlmuth.

Sodann berichtete GR. Bolaffio (ÖVP) über den Antrag auf Baubewilligung zur Errichtung einer Brücke über die "Alte Neufahrt" im 22. Bezirk, Biberhaufenweg. Wie er sagte, erfolgt der Bau dieser Brücke im Zuge einer wasserbaulichen Planung, nämlich der Schaffung einer Staustufe, die in Zukunft vorgesehen ist.

GR. Hausner (KLS) gab seiner Befriedigung Ausdruck, daß diese bescheidene, aber trotzdem sehr wichtige Brücke über die Neufahrt gebaut wird. Damit gehe ein lang gehegter Wunsch sowohl der Bevölkerung des Biberhaufens als auch der Bewohner Asporns in Erfüllung. Der Redner kritisiert jedoch, daß der Antrag dem Gemeinderat nicht zeitgerecht vorgelegt worden sei.

Bei der Abstimmung wird der Antrag einstimmig angenommen.

Alle übrigen Punkte der Tagesordnung, zumeist Änderungen von Flächenwidmungs- und Bebauungsplänen und Grundkäufe, wurden ohne Debatte angenommen.

(Ende des Sitzungsberichtes)

- - -

Gesperrt bis 19.30 Uhr!

Musikalischer Gruß den japanischen Freunden Wiens  
=====

17. November (RK) Heute abend fand im Großen Musikvereinsaal das von der Stadt Wien veranstaltete "Austauschkonzert Wien-Tokio" statt. Nachdem die Wiener Symphoniker die japanische Nationalhymne und die österreichische Bundeshymne gespielt hatten, hielt Bürgermeister Jonas folgende Ansprache:

"Beide Städte - Tokio und Wien - wollen durch die gemeinsame Veranstaltung zweier Konzerte und die nachfolgende, gleichzeitige Übertragung bekunden, welche enge kulturelle Beziehungen und gleichgeartete Bestrebungen sie miteinander verbinden, auch wenn sie durch viele tausende Kilometer voneinander getrennt sind.

Der musikalische Kontakt zwischen Japan und Österreich ist tatsächlich von erfreulicher Intensität. Die junge japanische Musikergeneration - und zwar sowohl die schaffenden wie die ausübenden Künstler - hat in unglaublich kurzer Zeit an den gegenwärtigen Status europäischer Musik anknüpfen können, ja es scheint, als hätten sie Jahrhunderte zu überspringen vermocht. Die Liebe und Ehrfurcht, die Japan aber auch der Pflege seiner eigenen bodenständigen, uralten Musik angedeihen läßt, muß uns mit uneingeschränkter Bewunderung erfüllen.

Die Musikstadt Wien glaubt mit Genugtuung feststellen zu dürfen, daß ihre heimischen Beiträge auf die Entwicklung des japanischen Musiklebens nicht ohne Einfluß geblieben sind. Zahlreiche japanische Musiker von Rang haben ihre Ausbildung in Wien genossen, Wiener Musikpädagogen und Dirigenten fanden in Japan einen Wirkungskreis; die Gastspiele Wiener Künstler in Japan, bei denen Werke der Klassik und Romantik, die beschwingten Melodien von Johann Strauß, aber auch Kompositionen lebender Wiener Tonsetzer dargeboten wurden, haben nicht nur großen Anklang beim japanischen Publikum gefunden, sondern sicher auch eine befruchtende Wirkung erzielt.

Derzeit können wir bereits darauf hinweisen, daß nunmehr auch japanische Kompositionen in allen Konzertsälen von Jahr zu Jahr

häufiger erklingen. Die vielen Preise, die junge japanische Virtuosen bei Wettbewerben in den Metropolen der westlichen Hemisphäre erringen konnten, sowie die Erfolge japanischer Orchester und ihrer Dirigenten stellen dem hohen Standard der japanischen Musiker das beste Zeugnis aus.

Die wechselseitige Anerkennung erstreckt sich aber auch auf andere Gebiete der Kunst. Wir begrüßen es aufrichtig, daß sehr viele Werke unserer österreichischen Dichter ins Japanische übersetzt wurden und auch österreichische bildende Künstler Gelegenheit fanden, ihre Werke in Japan auszustellen. Andererseits bewundern wir, was Japan uns an herrlicher Lyrik und Graphik und auf dem Gebiet des Theaters und des Tanzes zu bieten vermag.

Das Interesse für die künstlerischen Leistungen eines anderen Volkes ist die Voraussetzung für deren Verständnis, Verständnis wiederum bildet die Brücke zur Freundschaft und Verbundenheit.

Die beiden Austauschkonzerte sollen daher ein Zeichen ehrlichen und freudigen Bemühens um gegenseitige Wertschätzung darstellen und ich hoffe, daß der heutigen musikalischen Veranstaltung noch viele andere im gleichen Sinne und getragen von derselben Absicht folgen mögen.

Es ist ein Gefühl besonderer Art, zu wissen, daß unser heutiges Konzert mit Hilfe der Technik in kurzer Zeit das japanische Musik-Publikum erfreuen wird. Aus diesem Anlaß übersende ich allen unseren japanischen Freunden die herzlichsten Grüße der Stadt Wien und aller Wienerinnen und Wiener, denen die Musik Erbauung und Freude schenkt."

- - -

Noch mehr Verkehrserziehung an den Wiener Schulen  
=====

In neun Monaten neun tote und 495 verletzte Kinder

17. November (RK) Im Stadtschulratsgebäude fand heute vormittag eine Veranstaltung statt, bei der Polizeipräsident Holaubek und Stadtschulratspräsident Nationalrat Dr. Neugebauer zu Vertretern der Schulbehörde, der Lehrerschaft und zu einer Delegation von Polizeiverkehrsfachleuten sprachen.

Der Stadtschulratspräsident betonte, daß die Verkehrserziehung einen Teil der staatsbürgerlichen Erziehung darstelle, der für Stadt- und Landkinder gleichermaßen bedeutend sei. Es komme darauf an, durch Erziehung ein verantwortungsbewußtes "Verkehrsgewissen" zu bilden. Die Verkehrserziehung ist somit eine sittliche, moralische, ja ethische Aufgabe. Sie kann nicht in einem eigenen Fachgegenstand gelöst werden, sondern muß als Erziehungsprinzip die gesamte Bildungsarbeit der heutigen Schule durchlaufen.

Der Polizeipräsident gab einen Überblick über die beachtliche Arbeit, die von Polizisten auf verkehrserzieherischem Gebiet seit 1947 geleistet wurde. Bisher haben die Polizei-"Wanderlehrer" in 11.586 Schulkassen 350.351 Wiener Schulkinder unterrichtet und mit ihnen praktische Übungen an einer Straßenkreuzung durchgeführt. In 456 Elternvereinsvorträgen sprachen die Polizisten über den sicheren Schulweg und über das richtige Verhalten im Straßenverkehr. 487 Radfahrprüfungen wurden in Zusammenarbeit mit dem Österreichischen Jugendrotkreuz abgehalten, zu denen 14.361 Kinder angetreten sind. Leider verunglücken immer noch sehr viele Kinder im Straßenverkehr. In den vergangenen neun Monaten gab es neun tote und 495 verletzte Kinder. Die Zahl der Verletzungen ist zwar im Rückgang begriffen, aber das Ansteigen der Todesfälle ist sehr beunruhigend.

Polizeipräsident Holaubek unterstrich daher, daß die Verkehrserziehung nichts Abschließendes sein könne, sondern jeden Tag von neuem beginne. Er wies darauf hin, daß die Wiener Verkehrserziehungsarbeit auch in den Bundesländern und im Ausland anerkannt werde und bereits Schule mache. In diesem Zusammenhang



würdigte der Polizeipräsident auch die tatkräftige Unterstützung durch das Kuratorium für Verkehrssicherheit.

In der anschließenden Diskussion wurden eine Reihe von Maßnahmen festgelegt, durch die die Wiener Verkehrserziehung schon in nächster Zeit noch mehr intensiviert werden wird.

- - -

Jehuda Löb Bensew zum Gedenken

=====

17. November (RK) Auf den 18. November fällt der 150. Todestag des jüdischen Philologen Jehuda Löb Bensew.

Am 18. August 1764 in Leluw, Galizien geboren, war er zum Rabbiner bestimmt und wurde in eine Talmudschule geschickt. Mit 17 Jahren ging er auf Wanderschaft und besuchte verschiedene Judengemeinden in Österreich und Preussen. 1785 kam er nach Berlin, wo er seine eigentliche Ausbildung erhielt. Schon damals kommentierte er alte jüdische Schriften und übersetzte aus dem Syrischen und Hebräischen ins Deutsche. 1800 ging er nach Wien, arbeitete als Korrektor und schrieb auch für Zeitschriften. In den folgenden Jahren entstand eine Reihe hebräisch-grammatischer Werke. Am bekanntesten wurde das "Hebräisch-deutsche Lesebuch für die Jugend". Seine wichtigste Publikation ist ein vollständiges hebräisch-deutsches und deutsch-hebräisches Wörterbuch. Bensew gilt als der erste jüdische Grammatiker der neueren Zeit.

- - -

Mariahilfer Heimatmuseum jubiliert  
=====

17. November (RK) Morgen, Samstag, den 18. November, findet um 19.30 Uhr in den Räumen des Messepalastes eine Festakademie anlässlich des zehnjährigen Bestandes des Mariahilfer Heimatmuseums statt. Dieses Museum ist im Dezember 1951 auf Initiative seines derzeitigen Leiters, Fritz Illing, entstanden und hat als Vereinsorganisation eine äußerst rege Tätigkeit entfaltet. Fritz Illing, der gleichzeitig mit dem Jubiläum des von ihm geschaffenen Instituts seinen 70. Geburtstag feiert, war früher als Beamter in einem städtischen Betrieb tätig. Seine private Neigung ließ ihn jedoch zum Heimatforscher werden, dessen Arbeiten das Museum den Großteil seiner 57.000 Sammelobjekte verdankt.

Seit 1951 wurden vom Mariahilfer Heimatmuseum elf Sonderausstellungen veranstaltet, die 17.000 Besucher hatten, und 26 Kunstfahrten mit 1.200 Teilnehmern durchgeführt. An 30 Führungen beteiligten sich 900 Personen und neun Vortragsabende wiesen insgesamt 1.350 Besucher auf. Der Museumsverein hat außerdem in seinem Bezirk vier Gedenktafeln anbringen lassen.

Die Räumlichkeiten des Mariahilfer Heimatmuseums in der Rahlgasse werden gegenwärtig mit Unterstützung der Stadtverwaltung erweitert und renoviert. Nach Abschluß der Arbeiten wird neben Sonderausstellungen auch eine ständige Schau von Archivobjekten möglich sein.

Bei der Festakademie am Samstag im Messepalast wird Vizebürgermeister Mandl die Bemühungen des Mariahilfer Heimatmuseums würdigen.

- - -

Nun auch Fußpflege in den städtischen Tagesheimstätten  
=====

17. November (RK) Für ältere Menschen ist der Fußpfleger von großer Bedeutung. Viele möchten einen solchen aufsuchen, doch ist ihnen der Weg dorthin oft zu beschwerlich. Auch den Besuchern der Tagesheimstätten der Gemeinde Wien geht es so und deshalb hat das Wohlfahrtsamt heuer nach Eröffnung der Tagesheimstätten darüber eine Rundfrage gemacht. Aus der Hälfte der Tagesheimstätten sind Berichte bereits eingegangen und es stellt sich heraus, daß etwa 25 Prozent der Besucher es begrüßen würden, könnten sie sich auf bequeme Art dieser Prozedur unterziehen, wenn dabei der Preis für die Behandlung nicht höher ist als in den städtischen Bädern.

Das Wohlfahrtsamt der Stadt Wien richtet es nun so ein, daß ab nächster Woche in jedem Wiener Bezirk in ein oder zwei Tagesheimstätten den alten Leuten ein Fußpfleger zur Verfügung steht. In der Tagesheimstätte im Rabenhof im 3. Bezirk hat bereits heute eine "Fußpfleger-Premiere" stattgefunden.

- - -

Anton Dermota von der Straßenbahn niedergestoßen  
=====

17. November (RK) Heute vormittag, um 11 Uhr, ist auf dem Getreidemarkt zwischen der Mariahilfer Straße und der Gumpendorfer Straße der Kammersänger Anton Dermota beim Überschreiten der Gleise schwer verunglückt. Der Künstler wollte hinter einem in der Haltestelle Mariahilfer Straße stehenden Straßenbahnzug die Gleise überschreiten und übersah den aus der Gegenrichtung kommenden Zug der Linie E<sub>2</sub>. Er wurde vom Triebwagen erfaßt, niedergestoßen und blieb, mit dem linken Bein in dem ausgelösten Fangkorb eingeklemmt, zwischen den Gleisen liegen.

Kammersänger Dermota wurde vom Fahrpersonal aus dem Fangkorb befreit und vom städtischen Rettungsdienst mit einer schweren Gehirnerschütterung, einem Schlüsselbeinbruch sowie mit Verdacht auf Verletzung der Schädelkapsel in die Erste Unfallstation gebracht.

- - -

Christbaummarkt 1961  
=====

17. November (RK) Der Großhandel mit Christbäumen in Wien beginnt dieses Jahr am Montag, dem 4. Dezember, und endet am Sonntag, dem 24. Dezember. Für den Kleinhandel mit Christbäumen in Wien wurde die Marktzeit von Samstag, dem 9. Dezember, bis Sonntag, den 24. Dezember festgesetzt.

Die Lagerung der Bäume kann ab Montag, dem 4. Dezember, bis längstens Mittwoch, den 27. Dezember, erfolgen.

Die Ausgabe der Standplatzbewilligungen erfolgt in der Zeit von Dienstag, dem 21. November, bis einschließlich Freitag, den 24. November, täglich von 8 bis 9 und von 14 bis 15 Uhr gegen Vörlage des Gewerbescheines und der letzten Standjuxte in der für den Bezirk örtlich zuständigen Marktamtsabteilung.

- - -